

Kürtener führt jetzt die „Freien“

Werner Conrad löst Henning Rehse ab



Neuer Chef der Fraktion der Freien Wähler ist Werner Conrad.

RHEIN-BERG. Werner Conrad ist neuer Fraktionsvorsitzender der „Freien Wähler“ (FW) im Kreistag. Die Fraktion wählte den Kürtener zum Nachfolger von Henning Rehse, der jetzt Stellvertreter ist.

Der Führungswechsel zur Halbzeit war laut Conrad zu Beginn der Wahlperiode vereinbart worden. Conrad: „An der Zusammenarbeit der Fraktionsspitze und Ausrichtung der Fraktion wird sich grundsätzlich nichts ändern. Wir haben in der Vergangenheit bereits als Team funktioniert und werden dies auch weiterhin mit neuen Rollen so praktizieren.“ Im Vordergrund der Arbeit stünden die „Interessen der Bürger“, ein „solider“ Haushalt und das Klimaschutzkonzept. Die Freien Wähler erzielten 2009 4,8 Prozent. Mit drei der 70 Kreistagsmandate stellen sie nach CDU, SPD, Grünen und FDP und vor den Linken die fünftstärkste Gruppierung im Kreistag. (sb)

Kreisfraktion wechselt den Vorsitzenden

Bei der Kreistagsfraktion der Freien Wähler hat Werner Conrad (Kürtener) von Henning Rehse den Vorsitz übernommen und dieser von ihm den Stellvertreter-Posten. Das war zu Beginn der Wahlperiode so abgesprochen worden. red

STADTGESPRÄCH

Rehse wird Stellvertreter

(BM) Bei der Kreistagsfraktion der Freien Wähler (FW) im Rheinisch-Bergischen Kreis ist der Fraktionsvorsitz neu bestimmt worden. **Henning Rehse** aus Wermelskirchen ist jetzt nicht mehr Vorsitzender, er wurde aber zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der neue Vorsitzende der FW heißt **Werner Conrad** und stammt aus Kürten. Der Führungswechsel zur Halbzeit sei bereits zu Beginn der Wahlperiode vereinbart worden, betont Conrad. An der Zusammenarbeit der Fraktionsspitze werde sich grundsätzlich nichts ändern. „Wir haben in der Vergangenheit bereits als Team funktioniert und werden dies auch weiterhin mit neuen Rollen akzeptieren“, sagt der neue Fraktionsvorsitzende. Conrad führt weiter aus: „Im Vordergrund der politischen Arbeit werden weiterhin die Interessen der Bürger des Rheinisch-Bergischen Kreises, ein solider Haushalt und das Klimaschutzkonzept stehen.“

BM 4.4.

Rehse leitet Fraktion in der Landschaftsversammlung

(tei.-) Der Wermelskirchener Kommunal- und Kreispolitiker **Henning Rehse** (WNKUWG Freie Wähler) wird auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode die Fraktion „Freie Wähler/Deine Freunde“ in der Landschaftsversammlung Rheinland führen. Das ist das Ergebnis der jüngsten Fraktionssitzung. Henning Rehse wurde einstimmig als Fraktionsvorsitzender gewählt. Glückwünsche gab es dafür vom Vorsitzenden der Landschaftsversammlung, **Prof. Dr. Wilhelm**, von der Landesdirektorin **Ulrike Lubek** und von allen Fraktionen in der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland.

BM 19.04.17

Fraktion umbenannt in WNKUWG Freie Wähler

(tei.-) Nach der Umbenennung des Vereins reagiert auch die zweitstärkste Fraktion im Stadtrat: Die bisherige WNKUWG heißt jetzt „WNKUWG Freie Wähler“. Das wurde nun beschlossen. Der Fraktionsvorsitz wurde einstimmig bestätigt: **Henning Rehse** (Vorsitzender), **Norbert Kellner** (Stellvertreter), **Stefan Kind** (Kassierer), **Dirk Wartmann** (Geschäftsführer).

Fraktionsvorstand bestätigt

Die Fraktion der WNKUWG Freie Wähler hat auf ihrer letzten Sitzung einstimmig den bestehenden Vorstand bestätigt. Damit bleibt Henning Rehse als Vorsitzender im Amt. Sein Stellvertreter ist Norbert Kellner. Dirk Wartmann fungiert weiter als Geschäftsführer und Stefan Kind als Kassierer. ma

Verzicht auf 20 Prozent?

SPAR-HAUSHALT Politik steht beim Sparen auch unter Druck.

Am Montag wird es in der Sitzung des Stadtrats (18 Uhr, großer Saal des Bürgerzentrums) einige spannende Entscheidungen geben, insbesondere zu den Fragen Spielhallen („Entertainment-Center“) und Neubau Kölner Straße ohne fußläufige Verbindung zur Telegrafienstraße.

Offen ist, ob der Konsens zwischen den Fraktionen möglich sein wird, wenn es um die Frage geht, ob und wie stark die Fraktionsarbeit an sich noch einmal gekürzt werden soll (die Politik hatte bei sich selber schon einmal die Schere angesetzt).

Als Basis für einen Antrag aller Fraktionen liegt die Idee von Jan Paas (WNK) auf dem Tisch, dass die Stadt den Fraktionen nur jeweils 80 Prozent der ihnen zustehenden - und nach der Größe der Fraktion bemessenen - Summen pro Monat auszahlt.

Falls dann mal ein Rechner bzw. Drucker kaputt geht, könnten die Fraktionen jederzeit die 20 Prozent - auch rückwirkend - noch bekommen.

Elektroschrott praktikabel einsammeln

Die WNK-UWG-Fraktion greift die mehrfachen Hinweise des WGA auf die unhaltbaren Zustände an der unbeaufsichtigten Sammelstelle für kleine Elektro-Teile auf und regt an, die „unglaublichen Zustände“ zu beenden, „eine vernünftige und praktikable Einsammlung aufzubauen“ sowie möglicherweise auch eine Einnahmequelle für die Stadt in Verbindung mit Entsorgungspartnern zu erschließen. *red*

KOMPAKT

WNKUWG fordert Lösung für den Schrott-Container



Wenn die Fernseher weg sind, sieht's dann oft so aus. BM-FOTO: TEIFEL

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die unglaublichen Zustände im Umfeld des Elektroschrott-Containers an der Berliner Straße/Rampe zur Balkantrasse bewegt nun doch die Politiker. Die WNKUWG-Fraktion greift das Thema auf und fordert den zuständigen Technischen Beigeordneten Dr. André Prusa auf, eine „vernünftige und praktikable Lösung zum Einsammeln von Elektroschrott in Wermelskirchen aufzubauen“ und der „Situation endlich Herr zu werden“. Inzwischen schickte die Stadtverwaltung einen Vertragsunternehmer zum Containerplatz, um die dort abgestellten Bildschirme und Fernseher abzuholen. Das zahlen die Gebührenpflichtigen, obwohl die Entsorgung von Fernsehern kostenpflichtig ist. Die Fraktion regt außerdem an, eine „mögliche Einnahmequelle für die Stadt in Verbindung mit Entsorgungspartnern zu generieren“. Derzeit besteht aus Sicht der Stadtverwaltung kein Anlass, den Container zu versetzen, erklärte Florian Lesske (Amt für Wirtschaftsförderung) jüngst in einem Presgespräch.

89 Ehejubiläen: Verfahren ist bürgerunfreundlich

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die WNKUWG-Fraktion appellierte jetzt an die Stadtverwaltung, von ihrem neuen Verfahren, wie sie bei Ehejubiläen und runden Geburtstagen von Senioren umgehe, abzurücken. Seit 2012 müssen sich die Bürger bei der Verwaltung melden, wenn der Bürgermeister oder seine Vertreter gratulieren sollen. Dieses Verfahren sei bürgerunfreundlich, so Pressesprecher Hermann Opitz: „Die Verwaltung sendet das Signal der Kälte an den Senioren – ihr seid uns egal.“ Von den stellvertretenden Bürgermeistern wisse man, dass ihr Besuch den Menschen große Freude bereite. „Die Stadtverwaltung sollte zu ihrer alten Praxis zurückkehren“, so Opitz.

Die Verwaltung, so teilte Bürgermeister Eric Weik der Fraktion mit, werde von ihrem Verfahren nicht abrücken. Die Verwaltung sei gezwungen, angesichts der schwierigen Haushaltslage auch im Personalbereich Einsparungen vorzunehmen. So seien auch die bisherigen Dienstleistungen überprüft worden. Dies insbesondere für den Bereich der freiwilligen Leistungen. „Die enorme Ersparnis ist im Verwaltungsaufwand zu finden – und zwar unabhängig davon, ob die stellvertretenden Bürgermeister Termine gerne wahrnehmen oder nicht“, so der Bürgermeister.

Bisher hatte die Verwaltung jährlich durchschnittlich 158 Paare

(Tendenz steigend) zu Ehejubiläen und 120 Personen zu runden Geburtstagen (90,95, 100 ff) angeschrieben. Dabei wurde angefragt, ob eine Meldung an die Tageszeitung und an die Kirche erwünscht sei und ob ein Besuch des Bürgermeisters oder seiner Stellvertreter gewünscht werde. Laut Stadtverwaltung lag die Rückmeldequote bei durchschnittlich 14 pro Jahr bei Ehejubiläen (rund neun Prozent) und bei 20 bei Geburtstagskindern (17 Prozent) – mit sinkender Tendenz. Mit Aufwand verbunden war auch die Kontrolle der aktuellen Adresse und ob die Menschen leben.

Zu großer Arbeitsaufwand

Jetzt müssen sich die Bürger, die eine Veröffentlichung in der Tageszeitung oder einen Besuch des Bürgermeisters wünschen, an die Stadtverwaltung wenden. Wer die Kirche informieren will, müsse dies selbst tun, so Weik. Dieses Verfahren habe auch den Vorteil, dass damit ein erster direkter Kontakt mit den Betroffenen hergestellt worden sei – bislang sei es ein großer Arbeitsaufwand gewesen, so der Bürgermeister, den Besuchswunsch abzusprechen.

Die Politik kann übrigens nichts gegen dieses Verfahren tun: Die Organisation ist Sache der Verwaltung und liegt im Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters.

„Kälte-Signal“ - Bitte an Bürgermeister, auf Menschen zuzugehen.

WGA 23.04.

Wie der WGA mehrfach kritisiert hat, müssen sich Alters- und Ehejubilare seit einigen Wochen von sich aus im Rathaus melden, wenn sie besucht werden wollen. Auch bekommt der WGA keinerlei Unterlagen mehr, um ihnen in der Kolumne „Wir gratulieren“ alles Gute zum Geburtstag wünschen zu können.

Dieses neue Verfahren würden die Betroffenen als beschämend empfinden und, weil „man so etwas nicht macht“, viele würden nicht von sich aus im Rathaus anrufen, schreibt Hermann Opitz (WNK-UWG) in einem Brief an Bürgermeister Eric Weik: „Wir halten diese Praxis weder für praktikabel noch für bürger-

freundlich noch das Lebensalter der Betroffenen würdigend.“

Auch sende die Stadtverwaltung damit „ein Signal der Kälte an die Senioren: Ihr seid uns egal!“. Gewiss habe sich der Verwaltungsvorstand lediglich von rationalen Überlegungen leiten lassen; die seien aber „bisweilen nicht alles“.

Zudem wisse die Fraktion von den stellvertretenden Bürgermeistern Dirk Wartmann und Jutta Paulig, dass sie diese Termine gerne wahrnehmen und dabei den Menschen eine große Freude bereiten. „Daher bitten wir Sie ganz herzlich, Ihre Haltung zu überdenken und zur alten Praxis zurückzukehren.“ s.n.

Wer Besuch möchte, melde sich bei Eric Weik

WGA 27.04

RATHAUS Jubilare werden nicht mehr von der Verwaltung angeschrieben - Enorme Ersparnis.

„Organisation und Durchführung der Vorgehensweise bei Ehejubiläen und runden Geburtstagen ist Sache der Verwaltung und liegt im Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters“, lautet die Antwort von Eric Weik an Hermann Opitz (WNK-UWG). Der hatte kritisiert, dass sich Senioren im Rathaus melden müssen, wenn sie zum runden Geburtstag Besuch vom Bürgermeister haben wollten.

Bisher schrieb die Verwaltung

jährlich durchschnittlich rund 160 Paare (Tendenz steigend) zu Ehejubiläen an und 120 Menschen zu runden Geburtstagen (90, 95, 100 usw.). Sie fragte, ob eine Meldung an die Tageszeitung, an die Kirche und ob ein Besuch des Bürgermeisters oder seiner Stellvertreter gewünscht ist. Die Rückmeldequote lag bei weniger als 10 Prozent (Ehejubiläen) bzw. 17 % (Geburtstage).

Ab sofort müsse selber Kontakt mit dem WGA aufnehmen,

wer eine Veröffentlichung seines Geburtstags bzw. seiner Goldhochzeit in der Tageszeitung wolle. Wer Besuch vom Bürgermeister wünscht, muss sich nun im Rathaus melden.

Dieses Verfahren habe den Vorteil, dass damit ein erster direkter Kontakt zu den Betroffenen hergestellt werde. „Bisher war ein großer Arbeitsaufwand, den Besuch abzustimmen, weil die alten Leute schwer oder nicht zu erreichen und dann häufig mit

dem Vorgang überfordert sind.“

Vor dem Zwang, auch und gerade im Personalbereich einsparen zu müssen, sei die Verwaltung „gezwungen, alle bisherigen Dienstleistungen zu überprüfen, insbesondere ihre freiwilligen.“

Weik: „Daher bitte ich um Verständnis. Die enorme Ersparnis ist im Verwaltungsaufwand zu finden und zwar unabhängig davon, ob die stellvertretenden Bürgermeister Termine gerne wahrnehmen oder nicht.“ s.n.